

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

5.5.1923 (No. 104)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Zerstreuer:
Nr. 953
und 954
Postkonton:
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. E. N. D.
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts fest ins Haus geliefert für Mai 6000 M. — Einzelnnummer 200 M. — Anzeigenzähler: 125 M für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vertreibung und Konfiskation fällt der Abdruck fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Die Pläne der Gegenseite.

Man muß es der französischen Politik lassen, daß sie mit Konsequenz und Raffinement ihre mehr oder minder weit gesteckten Ziele verfolgt, mögen diese Ziele auch noch so sehr von den Grundfäden eines brutalen Egoismus beeinflusst sein, und mögen sie auch noch so sehr der höheren wirtschaftspolitischen Vernunft ins Gesicht schlagen. Lloyd George ist der einzige Staatsmann der Welt gewesen, der die Gefährlichkeit der politischen Methode Frankreichs durchschaute und alles daran setzte, um hier die für das Heil Europas notwendigen Gegengewichte zu schaffen. Nicht umsonst ist Lloyd George von der öffentlichen Meinung Frankreichs so tödlich gehaßt worden.

Unverrückbar hat Frankreich sein oberstes Ziel, nämlich die Herrschaft über den Rhein, die Darniederhaltung Deutschlands und, daraus resultierend, die Hegemonie über den Kontinent, im Auge. Aber seine politische Methode ist elastisch genug, um sich der jeweiligen Nachlage anzupassen, scheinbare Konzessionen zu machen und stets mehrere Eise in Feuer zu behalten. Gerade diese Elastizität verleiht Frankreich ein zweifelloses diplomatisches Übergewicht. Am liebsten möchte man in aller Form amnestieren und noch gehörige Zahlungen dazu herauszuschinden. Ist dieses Ziel nicht zu erreichen, so bleibt noch immer die verdeckte Annektion — natürlich des Rheinlandes mit dem Ruhrrevier — übrig. Sollte auch hier der französischen Politik ein Strich durch die Rechnung gemacht werden, so bleibt noch immer die Aussicht auf Reparationszahlungen offen, die so gewaltig sind, daß Deutschland in absehbarer Zeit nicht mehr hochkommen kann und Frankreich wenigstens wirtschaftspolitisch die Hegemonie auf dem Kontinent zufällt.

Erst wenn man diese Tatsachen gebührend berücksichtigt, wird man die Mitteilungen richtig einschätzen und beurteilen können, die jetzt über die „Reparationspläne“ Frankreichs veröffentlicht werden. Aber wir sehen nicht umsonst das Wort „Reparationspläne“ in Gänzfischchen. Es sind nämlich gar keine festen Pläne, die Frankreich zu publizieren gedenkt. Es will seine Ablehnung des deutschen Angebots wohl motivieren und auch in einzelnen Punkten seinerseits Bedingungen aufstellen. Aber ein bindender und fester Reparationsplan wird von Frankreich vermieden. Und wenn nicht in allerleckerer Stunde ein Umschwung in Paris eingetreten ist, wird die französische Antwortnote keinen festen Reparationsplan enthalten. Belgien hatte die Ausarbeitung eines solchen Planes gewünscht. Da Frankreich ihn ablehnt, und auch noch andere Gründe ein geforderter Vor gehen verlangen, wird jeder Staat das deutsche Angebot für sich beantworten. Wenn Belgien wirklich von sich aus einen festen Reparationsplan überreichen sollte, so wäre das für Deutschland gewiß nicht ohne Nutzen, brauchte aber Frankreich nicht im geringsten zu verpflichten.

Daß bei alledem Frankreich bestrebt ist, möglichst bald sein Korn in die Scheuern zu bringen, d. h. hinter die ganze Reparationsfrage einen Schlupfwinkel zu setzen, ist klar. Aber gerade, weil auch Frankreich einzieht, daß die Beendigung des Konflikts und damit die Schaffung stabiler Verhältnisse in seinem eigenen Interesse liegt, entfaltet es jetzt die ganze Geschicklichkeit seiner Politik. Solange England, Italien und Amerika sich nicht ganz offen dieser Politik entgegenstellen, wird es sich für Deutschland, wenn es ihr begeben will, immer nur darum handeln können, unter den Äbeln das Kleinste auszusuchen.

Die Äbel selbst sind folgende: restlose und unverholene Annektion des Rheinlands mit samt dem Ruhrrevier oder verdeckte Annektion mit Reparationszahlungen oder nur Reparationszahlungen, dann aber höhere Summen, als die im deutschen Angebot genannten. Man macht sich nicht gerade populär, wenn man auf die nüchternen Tatsachen der augenblicklichen politischen Lage hinweist. Aber wir müssen endlich zur Klarheit gelangen, und unser Volk muß endlich wissen, woran es eigentlich ist. Die Gefahren, die uns drohen, sind unbeschreiblich groß. Unsere ganze Staatskunst muß darauf gerichtet sein, das Schlimmste zu vermeiden bzw. das verhältnismäßig weniger Wertvolle zu opfern, um das große Ganze zu retten. Der passive Widerstand hat dem deutschen Volke ein großes Ansehen unter den übrigen Nationen verschafft. Er war so notwendig und ist bisher so heroisch

geführt worden, daß irgend ein Wort des Zweifels geradezu ein vaterländisches Verbrechen wäre. Aber man darf es auch nicht dahin kommen lassen, daß uns die offenbaren Erfolge dieses passiven Widerstands den Kopf umnebeln und uns eine Stärke der Position vorkäufchen, die gar nicht vorhanden ist. Im übrigen steht der Dollar auf 38 000.

Aber die Einzelheiten der sog. „Reparationspläne“ Frankreichs, wie über die Möglichkeiten der Entwicklung der allernächsten Zeit wird man erst dann sprechen können, wenn die französischen und belgischen Antwortnoten im offiziellen Wortlaut vorliegen. Inzwischen können wir nur alles das, was über solche Reparationspläne mitgeteilt wird, mit der größten Vorsicht und Skepsis betrachten. Denn es zeigt uns von neuem, daß Frankreich bei seiner Politik des Einfangens in Netze beharrt. Mögen die Maschen seines Netzes enger oder weiter sein, so soll das deutsche Volk doch irgendwie damit gefangen werden. Unsere Aufgabe ist es, uns entweder überhaupt nicht fangen zu lassen oder, falls sich die neuerliche Zustimmung zu ganz bestimmten Verpflichtungen nicht ungehen läßt, nur solchen Verpflichtungen zuzustimmen, die uns wenigstens in absehbarer Zeit die Wiedererlangung der Freiheit und der Selbständigkeit ermöglichen. Nur eine Lösung gibt es, die uns diese Möglichkeiten verbaut, nämlich jene Lösung, bei der Frankreich — und sei es auch in verdeckter Form — auf die Dauer die Herrschaft über das Rheinland und das Ruhrrevier behält.

Offenbar möchten England, Italien und Amerika auch von sich aus eine Lösung des ganzen Konflikts herbeiführen, bei der das Schlimmste für Deutschland vermieden wird, also eine Lösung in erträglichen Formen. Und deshalb bemüht sich vor allem die britische Politik, gemeinsam eine Besprechung der Alliierten herbeizuführen. Noch dieser Tage hat Lord Curzon öffentlich erklärt, man werde aus der schwierigen und besorgniserregenden Lage nur durch gemeinsames Vorgehen herauskommen; man solle die Deutschen vor den Rat und die Entscheidungen aller beteiligten Hauptmächte stellen. Wie es heißt, soll Poincaré eine solche Aussprache jedoch abgelehnt haben.

Die Alliierten Frankreichs müssen selbst am besten wissen, ob und wieweil sie sich diese Politik Poincarés gefallen lassen wollen. Würden sie sich zu einer gemeinsamen Operation unter sich aufraffen und unter womöglicher Hinzuziehung Amerikas Frankreich in den Arm fallen, so würde das vielleicht in Paris einigen Eindruck machen. Solange aber solches nicht geschieht, kann Poincaré tun und lassen, was er will. Was aber würde wohl England machen, wenn diese Politik Poincarés vollen Erfolg hätte, d. h. wenn es ihm gelänge, dem französischen Imperialismus und Annektionismus zum reflexen Siege zu verhelfen? Wäre es dann nicht geradezu gezwungen, aus seiner Reserve herauszutreten und eine energischer Sprache zu führen? Noch einmal möchten wir England daran erinnern, daß wir, bei Tageslicht besehen, an der Ruhr auch seinen Kampf führen. Würden wir unterliegen, so hätte auch England das Spiel in Europa verloren!

Politische Neuigkeiten.

Frankreichs Antwort.

Die französische Antwort auf die deutsche Note ist bereits fertig. Herr Poincaré hat sie selbst redigiert. Der Entwurf ist, nachdem er die Billigung Millerands fand, sofort durch Sonderkurier der belgischen Regierung überbracht worden. Das Schriftstück ist nach den Mitteilungen der Blätter etwa acht Schreibmaschinenseiten lang und erklärt ganz zu Beginn, daß, ganz abgesehen von den von der deutschen Regierung genannten Biffen, die deutschen Vorschläge schon um dessen willen unannehmbar seien, weil das Reich die sofortige Räumung des Ruhrgebiets verlangt und die Fortsetzung des passiven Widerstandes angekündigt habe. Zur Begründung dieses Standpunktes macht sich Herr Poincaré einen Übermittlungsfehler in dem der französischen Regierung zuerst überreichten deutschen Text zunutze, in dem infolge eines Fehlers bei der Diktierleistung die passive Resistenz als das Werk der deutschen Regierung hingestellt war. Die Note geht dann auf die Einzelheiten des deutschen Angebots ein, um sie Punkt für Punkt zurückzuweisen.

Nach dem „Petit Parisien“ wird die Antwort zum Ausdruck bringen, daß Frankreich die Konversation nur dann fortsetzen bzw. wiederaufzunehmen bereit sei, wenn Deutschland sich die folgenden Grundfätze zu eigen gemacht haben werde:

1. Keine Verhandlung solange der passive Widerstand im Rheinland und Ruhrgebiet fortbauert.

2. Deutschland muß sich damit abfinden, daß das Ruhrgebiet gemäß den Beschlüssen von Paris und Brüssel nur etappenweise nach Maßgabe der deutschen Zahlungen geräumt wird.

3. Eine willkürliche Reduktion der deutschen Schuld kann nicht in Frage kommen. Statt dessen hat der Londoner Zahlungsplan, unter den Deutschland seine Unterschrift gesetzt habe, als Ausgangspunkt zu dienen. Das bedeutet nicht, daß man von Deutschland die Zahlung von 130 Milliarden fordern werde, vielmehr habe die französische Regierung bereits in ihrem Projekt vom 2. Januar sich bereit erklärt, der Annulierung der 80 Milliarden der Bonds Serie C zuzustimmen, wenn gleichzeitig die interalliierten Schulden kompensiert würden.

4. Auf dem Gebiete der militärischen Sicherheit müsse sich Deutschland zu praktischen Vorschlägen bequemen an Stelle der vagen Verpflichtungen, die es zu übernehmen sich bereit erklärt habe. Was damit gemeint ist, macht das Blatt ersichtlich, wenn es schreibt, daß Garantieverträge von der Art, die Deutschland vorschlägt, tote Buchstaben bleiben würden, wenn sie nicht durch eine lokale Organel wie gestützt würden.

Daß man sich in Frankreich über die Aufnahme dieser Bedingungen in Deutschland keinerlei Illusion hingibt, zeigt das Blatt, wenn es fortfährt: „Bei der gegenwärtig in Deutschland herrschenden Mentalität ist vorauszusetzen, daß diese vier Punkte dort als drakonische Bedingungen aufgeführt werden. In diesem Falle ist nicht an die Eröffnung von Verhandlungen zu denken. Frankreich und Belgien sind entschlossen, eher ihre Aktion im Rheinland und an der Ruhr ad infinitum auszuweiten, als in diesen vier Punkten nachzugeben.“

Der Krupp-Prozeß.

Das Kriegsgericht tagt in dem geräumigen, aber nüchternen Tanzsaal Maas in der Stadt Werben, die durch einen starken Truppenorden in weitem Umkreis abgesperrt ist, um von jeder Kundgebung außerhalb abguschrecken. Das Gericht nimmt auf dem Podium vor der Bühne Platz. Links von ihm sitzt der Vertreter der Anklage, rechts der Verteidiger.

Pünktlich um 9 Uhr nehmen die fünf Mitglieder des Kriegsgerichts ihre Plätze ein. Der Vorsitzende, ein intelligent aussehender Artillerieoffizier, läßt die Angeklagten einführen, denen zwei Gendarmerieoffiziere vorausgehen. Als erster erscheint Krupp von Bohlen, ihm folgen die Direktoren Bruhn, Hartwig und Ritter, das Betriebsratsmitglied Müller und schließlich die drei Diebe des belgischen Motorrades, die Arbeiter Smuda, Gerlich und Sorgenicht. Nach der Vereidigung des Dolmetschers wird die Anklageschrift vorgelesen und die Jungen aufgerufen. Die Verteidigung, geführt von dem Berliner Rechtsanwalt Wolff und dem Genfer Professor Moriaud, denen die Rechtsanwältin Dr. Grimm und Wandel assistieren, erhebt vor Beginn der Debatte einen grundsätzlichen Einwand, indem sie den Antrag stellt, das Gericht möge sich als unzuständig erklären, weil die den Angeklagten zur Last gelegten Tatsachen nur nach deutschem Recht beurteilt werden können, weil das Ruhrgebiet nicht als rechtmäßig besetzt angesehen werden könne und weil es sich nicht im Kriegszustand befinde. Prof. Moriaud stellt weiter den Eventualantrag, die beiden Fälle der Kruppdirektoren und der drei Diebe von einander zu trennen. Der Regierungskommissar erklärt sich gegen die Anträge der Verteidigung. Das Kriegsgericht erklärt nach einer Beratung von zehn Minuten, daß die französische Besetzung des Ruhrgebiets durchaus legitim sei, und bewirft die Anträge der Verteidigung. Die Verhandlung beginnt sodann mit der Verlesung des Berichtes des Untersuchungsrichters über die Vorgänge vom 31. März.

Der Bericht über die Ergebnisse der französischen Untersuchung ist sehr ausführlich und stellenweise ziemlich dramatisch gehalten, besonders bei der Schilderung der wachsenden Erregung der die französischen Soldaten belagernden Arbeitermassen. Der Bericht, der die Verantwortung des Direktoriums der Kruppischen Fabrik auf die Behauptung stützt, daß es durch die ihr zur Verfügung stehende eigene Polizei die Ansammlung der Arbeiter hätte verhindern können, füllte eine halbe Stunde aus, worauf das Verhör der Angeklagten mit Herrn Krupp von Bohlen begann, der auf die Fragen des Vorsitzenden nur durch Vermittlung des Dolmetschers antwortete. Diese Fragen erstreckten sich sehr eingehend auf die Zusammensetzung des Direktoriums, auf die Funktionen der Direktoren, auf das Verhältnis des Direktoriums zu den Arbeitern und den Betriebsrat. Aber seine persönliche Stellung im Kruppischen Unternehmen befragt, erklärte der Angeklagte, daß er als Vorsitzender des Aufsichtsrats keine Beziehung zum technischen Betrieb habe, sondern lediglich die Kontrolle über die geschäftliche Verwaltung ausübe. Von Bohlen antwortete dann in Bezug auf die Vorgänge vom 31. März, daß er in seinem Büro war und fortlaufend Bericht von den Direktoren erhielt, sowohl über die Vorgänge vor der Fabrik wie über die Verhandlungen mit dem Betriebsrat, der die Kundgebung gegen das Einbringen der französischen Truppen beschlossen hatte. Ein Grund, sich wegen der langen Dauer des Sitzungshefts ernstlich zu beunruhigen, bestand nicht, da es sicher war, daß die Arbeiter, wie sich bei verschiedenen vorausgegangenen Vorfällen zeigte, nicht zu Gewalttätigkeiten übergehen würden. Der Vertreter der Anklage stellt eine Reihe von Fragen über die angebliche Existenz einer Kruppischen Privatpolizei und über die Tatsache, daß der Angeklagte noch vor dem Abschluß der tragischen Ereignisse im Automobil weggefahren war. — Um 1/12 Uhr trat sodann eine Mittagspause bis 1/3 Uhr ein.

Zu dem Gerichtsverfahren gegen die Kruppdirektoren schreibt die „Vossische Zeitung“ noch folgendes:

„Das Kommando, mit dem die französischen politischen Regisseure den Prozeß gegen Krupp und Genossen aufzuziehen, um der Welt die „Gefährlichkeit“ der Deutschen glaubhaft zu machen, wird selbst insüßliche Franzosen nicht darüber wagtäuschen, daß das Blut der Karfentagopfer an den Händen derer klebt, die inmitten einer friedliebenden Bevölkerung mit Karabinern und Maschinengewehren eine Willkürherrschaft errichtet haben. Die kriegsgerichtliche Farce, durch die bewiesen werden soll, daß nicht der Täter, sondern das Opfer schuld habe, ist einfach unwürdig. Die Tatsachen sprechen eine zu deutliche Sprache. Wie ein Arbeiterführer wenige Tage nach dem Nord meinte: hätten wir möderische Absichten gehabt, hätte wirklich ein „Komplot“ bestanden, so hätten die ersten Katen uns nicht daran hindern können, die paar Mann niederzutampeln. Die Welt hat ihr Urteil gesprochen. Der mit so viel Aufwand in Szene gesetzte Prozeß ist nur ein Beweis, daß die Schuldigen sich von dem Urteil der Welt getroffen fühlen. Daran wird sich auch nichts ändern, wenn das Urteil eines mitten im Frieden im deutschen Nachbarstaat errichteten französischen Kriegsgerichts unter Verhöhnung der Rechtsgründe zivilisierter Staaten Deutsche eines Verbrechens für schuldig erklärt, das Franzosen begangen haben.“

Blutige Köpfe im preussischen Landtag.

Im preussischen Landtag von ... zu überaus turbulenten Szenen, ... es notwendig machte, ... und einen mehrtägigen Unterbrechung schließlich zu ... ausschließen. Abgeordnete für 15 Tage von den Sitzungen über Verurteilung wurden diese Vorgänge durch Minister des Innern den deutschnationalen Antrag, der dem ... Freiheitspartei das wegen der Auflösung der deutschösterreichischen ... mit überaus großer Mehrheit abgelehnt. Auch die Ver für diese ihre Haltung gegen das Misstrauensvotum, ... eine Erklärung abgeben.

Der Präsident ließ dies jedoch ... in Folge der maßlosen erregten Geschäftsordnungsdebatte, ... immer heftiger Ausfälle seitens der kommunistischen ... der Sozialdemokraten von der Rednertribüne ... „schmierig ...“ zu demotivieren in Aktion, ... auf den Abgeordneten ... von der Tribüne herunter und hieb mit den Fäusteln auf ihn ein. In einem wirren ... Sozialdemokraten und Kommunisten aufeinander los; auch harte Instrumente müssen dabei gebraucht worden sein, da mehrere Abgeordnete blutige Kopfverletzungen davontrugen. Im allgemeinen ... schloß der Präsident die Sitzung.

Badische Wochenrückblicke.

Landwirtschaftliches aus dem Tauberggrund — Bestehende und entstehende Badische Kraftwerke — Ausbau der Murgalbahn — „Schweizer Tage“ der Universität Freiburg.

Wir schreiben in einer unserer letzten Wochenrückblicke über die Notlage einzelner Städte in Bezug auf die Milchversorgung. Nicht uninteressant ist das Problem der Milchversorgung quasi von räumlich einmal anzuschneiden. Der Viehbestand der Landwirtschaft scheint in der Erhaltung und Vermehrung mancher Fehler zu zeitigen sein. Man hat, besonders im badischen Hinterland, beobachtet, daß der Landwirt seine flüssigen Geldmittel lieber für landwirtschaftliche Maschinen, Elektromotoren u. s. f. anlegt, als der ökonomischen Feldbebauung, Strohstoffdüngung u. a. m. Es ist eine Tatsache, daß das badische Hinterland Vieharm ist, besonders die Wiesen im Tauberggrund sollen sehr starken Strohstoffmangel aufweisen. Die dortigen Landwirte ließen den Boden durch starken Getreideanbau und dadurch bedingte Verminderung von Futter- und Kleebau, was gleichbedeutend mit einer Verminderung der Viehbestände ist, stark verarmen.

Es wäre dies für die Volksernährung, gerade im Hinblick auf die Milchversorgung, eine nicht genug zu rührende Fehler der Landwirtschaft. Wir geben hier über dieses Tauberggrundkapitel noch einige interessante Ausführungen der Mannheimer „Volkstimme“ wieder. Es heißt dort im Hinblick auf die Bodenpolitik der Bauernschaft des Tauberggrundes:

„Diese Wirtschaftsweise der Landwirtschaft muß früher oder später zur Katastrophe führen. Man hat den Boden fortgesetzt hohe Werte entzogen und denkt dabei viel zu wenig daran, die auf diese Weise erlangten flüssigen Mittel wieder in wertvolle schaffend — Vermehrung des Viehbestandes, Anschaffung von Kunstdünger — anzulegen. Die Werte, die man dem Boden entzog, wurden in Maschinen angelegt, deren Verbreitung heute schon infolge der hohen Preise für Elektrizität vielerorts unterbleiben muß. Auf diese Weise hat sich die Tatsache herausgebildet, daß die Landwirtschaft einseitig dem Boden große Werte entzog, dieselben nicht ersetzte, also den natürlichen Kreislauf der Stoffe, der für die Landwirtschaft Grundbedingung ist, unterband und statt dessen die erlangten Mittel in Maschinen anlegte, die in absehbarer Zeit totes Kapital sein werden. Aus all diesem ist manches zu erklären, was bisher bei der Kritik unserer Milchversorgung wenig beachtet wurde. Mit gesetzlichen Mangelsmaßnahmen ist hier allerdings kaum eine Besserung zu erzielen. Hier müssen unserer Meinung nach andere Mittel Anwendung finden.“

Unseren kürzlichen Besprechungen badischer neuer und bereits bestehender Kraftwerkanlagen können wir heute einen kurzen Rückblick auf den Ausbau des Jitterkraftwerks hinzufügen. Nunmehr liegen auch einzelne Zahlen vor, die die Rentabilität dieses Werkes bereits zu beweisen scheinen.

Der Ausbau des Jitterwerkes wurde vom Kreis Mosbach im Sommer 1921 in Angriff genommen und trotz der danach eingetretenen schweren wirtschaftlichen Zeiten, die natürlich nicht ohne Einfluß auf die Kosten des Werkes bleiben konnten, so gefördert, daß das Werk am 15. November 1922 in Betrieb genommen werden konnte. Der Übergang des gesamten Werkes samt Betriebsanlagen und der vom Übergangstag ab bestehenden Ausgaben vom Kreis an die Jitterkraftwerk A.-G. Mosbach vollzog sich am 15. Januar 1923. Der Kaufpreis betrug 130 Millionen Mark. Alle Erwartungen, die man auf das Werk gesetzt hat, sind in Erfüllung gegangen.

Das im November 1921 als A.-G. errichtete Unternehmen erzielte aus elektrischer Arbeit 270,78 Millionen Mark Einnahmen, verschiedene Einnahmen betragen 711.002 M., Betriebsausgaben erforderten 121,56, Verwaltungsstellen 3,02, Steuern, Abgaben und Versicherungen 26,20 Millionen Mark.

Nach Überweisung von 100 Millionen Mark an ein Erneuerungsfonds verbleibt ein Reingewinn von 20.685.914 M. Hieraus werden der gesetzlichen Rücklage 1.094.291 M. überwiesen, 100 Prozent Dividende ausgeschüttet und 4,66 Millionen Mark auf neue Rechnung vorgetragen.

Seit Übergang des Werkes in die Hände der Gesellschaft wurden bis 31. März d. J. ohne Einrechnung des Eigenverbrauchs und des Abfindungsstromes 1.460.355 Kilowattstunden vom Werk nutzbar abgegeben. Stromabnehmer sind das Badenwerk und die Stadt Gerbach. Die seit Erbauung des Werkes eingetretene Geldentwertung macht namhafte Rücklagen erforderlich, welche es ermöglichen müssen, etwaige Erneuerung und Instandhaltung der Anlage ohne Inanspruchnahme des Kapitalmarktes durchzuführen. Unter den Betriebsausgaben erscheinen Kosten für Arbeiten, welche zur Verbesserung und Sicherung der bestehenden Anlage schon durchgeführt oder in Angriff genommen sind. Eine Erweiterung des Werkes tritt im neuen Geschäftsjahr dadurch ein, daß vom Kreis Mosbach ausgebauter Jitter-Unterflusse, deren Jahreserzeugung auf 12 Prozent der Oberstufe berechnet ist, erworben wird.

Nicht so gut sieht es mit dem Wasserfall-Kraftwerkprojekt bei Todtnau. Für dieses Projekt sind in letzter Zeit Feststellungen gemacht worden, die nicht sehr erfreulich sind. Gegenüber den früheren Angaben, wonach der Wert von 4000 Festmetern tannernen Stammholz die Kosten für die Verwirklichung des Projektes aufbringen sollte, sind nach den jüngsten Feststellungen laut einer DZ-Meldung etwa 2000 Millionen Mark oder der Wert von etwa 80.000 Festmeter erforderlich. Nach den Angaben des Sachverständigen wird jedoch in trockenen Jahreszeiten die Wasserkraft nicht ausreichen, sodas private Dampfkraft herangezogen werden müßte. Diese Schwierigkeiten führen nun erneut zu ernstlichen Überlegungen, wie die Verwirklichung des Planes durchgeführt werden könnte.

Bei der Gelegenheit sei auch des weiteren Ausbaues der Murgalbahn gedacht. Der Ausbau soll überholt beschleunigt werden, daß der Bahnbetrieb im Laufe des nächsten Winters aufgenommen werden kann. Der Reichsverkehrsminister hat bei seiner letzten Anwesenheit in Karlsruhe erklärt, der Bahnbau werde mit aller Intensität aufgenommen werden. Die technischen Hindernisse, die dem letzten Teil über die badisch-württembergische Strecke der Murgalbahn entgegenstehen, sind allerdings nicht gering, so daß es schon einer sehr umfangreichen Arbeit bedarf, um den Bahnbetrieb tatsächlich bis zu dem obengenannten Zeitpunkt zu ermöglichen.

Vom 3. bis 5. Mai veranstaltet die Universität Freiburg i. Br. eine Reihe von Vorträgen, die sie „Schweizer Tage“ nennt. Hervorragende schweizerische Gelehrte, Schriftsteller und Politiker haben sich bereit gefunden, über Kultur, Wirtschaft und Staatsleben der Schweiz zu sprechen. Das Band geistiger Zusammengehörigkeit, das die Bestände, insbesondere die Kulturstätten des alemannischen Landes nördlich und südlich vom Oberrhein seit jeher umschlingt, hat der Krieg und seine Folgen gelockert. Das auf beiden Seiten darüber empfundene Bedauern hat das Bedürfnis nach neuer, stärkerer Annäherung geweckt. Mit Dank ist es deshalb zu begrüßen, daß eine mit diesem Ziele von Freiburgs Universität ausgegangene Anregung in der Schweiz die freundlichste Aufnahme gefunden hat. An der in ihrer Art durchaus neuen Veranstaltung nimmt die Freiburger Bürgererschaft lebhaftesten Anteil. Galtfreudlich hat man das Freiburger Theater dem Schweizerischen Heimatsdramatheaterverein in Wern zur Verfügung gestellt.

Wir freuen uns, daß in diesen traurigen politischen Zeiten, wo die Bestrebungen unüberdunkel sind, gerade mit unseren Schweizer Nachbarn immer wieder die Brücke zu bestem Volksleben bei gegenseitigem Verständnis gefunden wird.

Badischer Landtag.

Karlsruhe 4. Mai.

In der Nachmittags-Sitzung wird zunächst ein kommunistischer Antrag verlesen, der verlangt, daß Kundgebungen, die im Namen des Landtags erlassen werden, zuerst dem Hause vorzulegen sind. Der Antrag geht an die Geschäftsordnungs-Kommission. In der fortgesetzten Aussprache über

Das Jagdsteuergesetz

begründet

Abg. Hanemann (D.-Rat.) den dritten Änderungsantrag auf Staffung.

Abg. Weismann (Soz.) führt aus, die Besizenden sollten sich nicht gegen die neue Steuer sträuben.

Abg. Ritter (Komm.) sagt, Staat und Gemeinden möchten im Interesse der Volksernährung die Jagden selbst ausüben.

Abg. Weishaupt (Zentr.) befürwortet die Beteiligung der Gemeinden an Steuerertragnis.

Abg. von Au (Landbund) spricht nochmals in gleichem Sinne.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) will erst die Wirkung des Gesetzes abwarten, um dann eventuell eine Änderung zugunsten der Gemeinden zu treffen.

Ministerialrat Dr. Mühe bittet namens der Regierung, die Änderungsanträge abzulehnen.

Mit polemischen Bemerkungen des Abg. Dr. Mattes (D. Rp.) ist die Mednerliste erschöpft.

Berichterstatter Abg. Weber erklärt für den Ausschuss, daß auch der Antrag Müllers auf Prüfung der Frage, ob Jagdrecht, die nicht im Reiche oder Baden ihren Wohnsitz haben, zu einer höheren Steuer herangezogen werden können, zum Beschluß erhoben werden möchte.

Eingegangen ist inzwischen ein kommunistischer Antrag auf Ausübung der Jagd in Staats- bzw. Gemeindebesitz und Zuweisung des Fleisches an Pflegeanstalten und Krankenhäuser.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird der Antrag an den Rechtsplegeausschuss verwiesen.

Nach Ablehnung der Anträge Dr. Mattes und Hanemann stimmt die Mehrheit des Hauses den Ausschussbeschlüssen wie auch dem Antrag von Au zu. Die zweite Beratung des Gesetzes wird inoffen ausgelegt.

Abg. Müllers (Zentr.) begründet einen Antrag auf weitere Frachtermäßigung für frisches Obst, Beeren und Gemüse, der von den Abgg. Engelhardt (Ztr.), Vertle (Landbund), Frau Fischer (Soz.) und Schön (Dem.) lebhaft unterstützt wird.

Oberregierungsrat Dr. Seger erklärt die Bereitwilligkeit der Regierung, im Sinne des Antrags an die Reichsbahnverwaltung heranzutreten.

Das Haus stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Abg. Schön (Dem.) berichtet darauf über die Verwendung der für die Landwirtschaft bewilligten Kredite in Höhe von 7 Milliarden und bemerkt, daß der Ausschuss damit einverstanden sei, daß die Kredite auch auf die Beschaffung von Futtermitteln ausgebeutet werden. Das Haus schließt sich dem an.

Abg. Weishaupt (Ztr.) erstattet Bericht über den Antrag des Staatsministeriums auf Bewilligung eines verzinsslichen Vorstufes von 20 Millionen Mark an die Landwirtschaftskammer, rückzahlbar längstens am 31. Dezember 1923.

Wie beim vorhergehenden Punkt der Tagesordnung, so erklärt auch hier der Abg. Gähler (Komm.), daß sich seine Gruppe der Stimme enthalten werde.

Die Abgg. Gebhard und Weishaupt weisen die Annäherung des Kommunismus gegen die Landwirtschaftskammer und die landwirtschaftlichen Genossenschaften wie Preistreiber und „übers Ohr haufen“ als unbegründet zurück.

Das Haus stimmt der Kreditgewährung an die Landwirtschaftskammer zu.

Abg. Naram macht Mitteilung über eine anderweitige Regelung der Bauplatzfrage für ein Gerichtsgebäude in Pforzheim. Das Haus erhebt keinen Einspruch.

Einem Besuch auf Aufhebung der Immunität des Abg. Rod in einem Privatklageverfahren wird auf Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission nicht stattgegeben.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (D.-Rat.) begründet darauf eine förmliche Anfrage wegen Verteilung eines kommunistischen Flugblattes an Schulkinder in Mannheim, das von Anwaltarbeiten strafe und geeignet sei, die Kinderseele zu verwirren und zu vergiften. Die Anfrage sei aus pädagogischen Erwägungen gestellt in der Annahme, daß ein solches Flugblatt vom ganzen Hause verurteilt wird. Ein Regierungsbevollmächtigter erwidert: Das Bezirksamt Mannheim ist gegen die Verteilung der Flugblätter eingeschritten und hat die Verteilerin bestraft. Auch die Staatsanwaltschaft hat ein Versehen eingeleitet, das noch nicht abgeschlossen ist.

Es folgt die Begründung einer förmlichen Anfrage betr. die Klagen über zu hohe Strompreise des Badenwerks durch den Abg. Martin (Zentr.).

In seiner Antwort führt

Arbeitsminister Dr. Engler

u. a. aus: Die Debatten landauf, landab sind nicht immer sachlich geführt worden. Außer dem Staat besitzt niemand eine Aktie: Mehr wie 5 Prozent Verzinsung des Aktienkapitals haben wir nie in Anspruch genommen. Es zeigt sich wiederum der Vorteil, wirtschaftliche Betriebe durch die Form der Aktiengesellschaften der Politik zu entziehen.

Nun zur Sache selbst: Die Grundgebühr wird abgeschafft. Die großen und kleinen Stromabnehmer in gleicher Weise zu belasten wäre der Ruin des Badenwerkes. Landwirtschaft, Handwerk und Industrie haben eine Preissteigerung mitgemacht, hinter der die Preisentwicklung der Stromerzeugung weit zurückgeblieben ist. Die Weggebühr soll eine andere Berechnungsgrundlage erhalten. Ein Rechnungsnachschuß ist nicht möglich, da bereits drei Viertel der Rechnungen bezahlt sind. Den Strompreis im Voraus festzusetzen erweist sich als undurchführbar. Die Sperrzeiten für Motorenbienen dazu, unnötigen Stromverbrauch zu verhindern. Wir müssen eine Preispolitik treiben, die unsere Elektrizitätswirtschaft nicht zum Konkurs führt. Sollte die Bilanz aufstellung es zulassen, so sind wir zu weiterem Entgegenkommen bereit.

Ein Antrag Naram wünscht Verweisung der förmlichen Anfrage nebst einschlägigen Anträgen an den Haushaltsausschuss. Darüber entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte mit dem Ergebnis, daß die Besprechung der Anfrage noch heute stattfinden, daran beteiligen sich die Abgg. Gebhardt (Landbund), Friedel (Zentr.), Bügle (Dem.), Dr. Schofer (Zentr.) und Freudenberg (Dem.). Dem Antrag Naram wird darauf zugestimmt. Nach Erledigung einer Reihe persönlicher Besuche verläßt sich das Haus. Nächste Sitzung unbestimmt. Schluß 10 Uhr.

Badische Übersicht.

Rede des badischen Staatspräsidenten zur Eröffnung der Großen Deutschen Kunstausstellung Karlsruhe 1923.

Badens Künstlerschaft will zeigen, wie trotz fremder Bedrückungen und wirtschaftlicher Nöte noch der Wille lebt, der Kunst eine Stätte zu erhalten.

Die deutsche Künstlerschaft hat in löblichem Wettstreit geholfen, hier im Südwesten ein erhabenes Monument deutscher Kultur und deutscher Kunst zu schaffen. Dafür Dank!

Schwer und dumpfig wie eine Wetterwolke ruht auf Europas Wäldern das Erbe eines langen, operreichen Krieges. Daß und vieler Qualen Nöte drücken der Menschheit Lust zum Leben nieder. Friede sei, so sagt man uns, nachdem die mörderischsten Schlachten, welche die Welt je gesehen, über Sieg und Niederlage entschieden. Doch — ein Friede ist es, nicht wie ihn die Menschheit braucht, um der Wohlthat und dem Menschenglücke freie Bahn zu sichern.

Von besseren künftigen Tagen reden die Menschen viel. Allein meist träumen sie nur. Der Wille zur Tat, ein eigenes hartes Pflichtbewußtsein, fehlt gar sehr. Ein Wille zur Tat ist es wohl gewesen, der Sie, meine Herren, besetzte, als Sie das Werk dieser Ausstellung in Angriff nahmen. Dem hart um sein Leben ringenden deutschen Volke zeigen Sie, wie über Elendnot hinaus ein neues Geschlecht erwacht, gleichwie neues Menschenrecht.

Was hat, so fragen Sie wohl verwundert, eine politische Betrachtung mit dieser Ausstellung zu tun, was Politik mit Kunst? Denn als ganz verschiedenartige Tätigkeitsgebiete erscheinen gewöhnlich Kunst und Politik. Aber sie scheinen es nur! Sie gleichen sich darin, daß Künstler und Politiker neugestalten und aus innerem Trieb heraus ihrer Arbeit nachgehen. Die Grundlage des Schaffens ist bei beiden die Vorstellung über das Weltbild, über das Weltgeschehen.

Voraussetzung jeder Kunstübung ist die Freiheit des Künstlers. Bei seiner Einstellung zur Kunst muß sich deshalb der Staat von jeder Reglementierung freihalten. Die wirtschaftliche Förderung der Künstler hat zu erfolgen ohne Rücksicht auf den Inhalt und die Form des Dargestellten.

Der Künstler aber hat auch gegenüber dem Staat und dem Volk Verpflichtungen. Hierüber sagte einst Schiller in seinem Gedicht „Die Künstler“ so treffend:

Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben,
Bewahrt sie! Sie sinkt mit euch,
Mit euch wird sie sich heben!

Und an anderer Stelle:

Das schöne Seelen schön empfinden, muß trefflich und vollkommen sein! Erhebet euch mit lühnem Flügel Doch über eurer Zeiten Lauf, Fern dämmere schon in euren Spiegel Das kommende Jahrhundert auf.

Wem, nicht jeder kann schön empfinden, doch ein jeder hat die Kraft, vernünftig zu wollen und im Geiste das zu tun, was er als Mensch nicht vermag.

Ob unsere Künstler dieser Pflicht genügen, soll uns diese Große Deutsche Kunstausstellung zeigen. Ob das deutsche Volk sich seiner Pflicht gegenüber den Künstlern bewußt ist, hat der geschäftliche Erfolg, der Umsatz, auszuweisen. Denn mit Idealen allein kann auch der Künstler nicht bestehen, so wenig der Staat ein Recht hat, Tugend zu fordern, wenn er dem Künstler gegenüber Schutz und Unterstützung vermissen läßt. So wollen wir, Sie die Künstler, wir die Politiker, dem Vaterlande dienen, dem deutschen Volke Führer sein.

Das Vaterland leidet unter schweren Lasten, die ein unerhittlicher, harter Sieger im aufzulegt. Was die Welt als stiller Zuschauer an der Ruhr, am Rheine, in unserem Badener Land sich vorüberziehen läßt, das ist mehr als ein interessantes Schauspiel. An den Rand der Verzweiflung wird das Volk durch französische Soldateska, durch Verjagung aus der Heimat, durch schwere Kerkertätigkeit getrieben. Verarmung, wirtschaftliches, leibliches und geistiges Elend häufen sich ohne jede Begrenzung.

Und doch wird das deutsche Volk seinen Glauben an eine bessere Zukunft nicht aufgeben!

Möge diese Ihre Ausstellung ein geschichtlicher Beitrag dafür sein, wie trotz aller Not und Unterdrückung in uns die Kraft noch lebt, unbezagt zu schaffen; möge jeder hier ausstellende Künstler dem Besucher einen Beweis dafür geben, daß menschliches Denken und Wollen letzten Endes doch den Weg in eine bessere und schönere Zukunft erschließen muß.

Waffengewalt ist der äußere Ausdruck unbegrenzter Brutalität: sie ist Kulturvernichterin und richtet Menschheitswerte zugrunde.

Friedensarbeit aber, gleichviel, ob sie der Arbeiter am Schraufstock, der Bauer hinter dem Pflug, der Ingenieur am Reißbrett oder der Künstler mit seiner Palette in der Hand leistet, ist Spenderin des Schönen und des Guten, bringt Glück und macht die Menschheit frei von Elend, Haß, Haß und Streit.

Und so, meine Damen und Herren, wollen wir diese Ausstellung eröffnen in Gedanken an die großen Menschheitsziele des Friedens und der Kultur; so wollen wir die Ausstellung mit den besten Wünschen für einen vollen Erfolg nach jeder Seite hin einem großen Publikum zugänglich machen.

Die Ausstellung ist eröffnet; möge ihr als Unterpfand einer schönen und besseren Zukunft Glück und Segen beschieden sein!

Mannheim.

Der am das Stationsgebäude des Redarstadtbahnhofes grenzende Gehweg der Friedrichs-Redarbrücke, der bisher schon von einem französischen Posten abgeperrt war, ist jetzt seiner ganzen Länge nach durch Stacheldraht von dem Fahrweg der Brücke abgeperrt worden, so daß es niemand mehr möglich ist, beim Herannahen der elektrischen Straßenbahn auf den Fußsteig der Brücke zu treten. Durch diese neue Abperrung wird der sehr lebhaft betriebene von der Innenstadt über die Friedrichsbrücke zur Redarstadt und umgekehrt noch mehr gehindert.

Eine größere Verkehrsbehinderung erlitt die elektrische Straßenbahn gestern früh nach 6 Uhr durch Drahtbruch an der Friedrichsbrücke, direkt an der Stelle, wo der französische Posten steht, auf der rechten Redarseite beim Stationsgebäude der Redarstadtbahn. Ein Wagen hatte sich quer über die Straße gestellt.

Dem fügt die Mannheimer „Volkstimme“ noch folgendes bei: „Wie der rigoros gepolte Stacheldraht durch die Franzosen wirkte, konnte jeder Passant heute morgen selbst beobachten. Auf der einen Seite der Stacheldraht, auf der anderen

Kunstausstellung Baden-Baden 1923.

Es wäre nur ein Ausdruck der Gefinnungslosigkeit, wollte man auch nur ein Wort zugunsten der diesjährigen Kunstausstellung in Baden-Baden sagen. Wenn wirklich an einer gedeihlichen Entwicklung der Kunstverhältnisse in Baden gelegen, muß ohne irgend welche außerfachliche Rücksicht das völlige künstlerische Nisus dieser Ausstellung gegeben: im Interesse der Kunst, im Interesse der Künstler! Diese Feststellung ist uns so bedauerlicher, als seit Jahren der badische Staat und die Stadt Baden, der Ausstellung ihre besondere Unterstützung angedeihen lassen, und als gerade durch die Tatsache dieser Unterstützung das Interesse ungewöhnlich befördert wird, das die offiziellen Stellen diesem Unternehmen entgegenbringen.

Der außenstehende Betrachter, dem die Förderung der Kunst am Herzen liegt, wird die berechtigte Frage stellen, welche tieferen Ursachen diesem unbestreitbaren Misserfolg zugrunde liegen. Eine umfassende Verantwortung wird ihm bei dem komplizierten Apparat heutiger Ausstellungsunternehmen schlechterdings unmöglich sein. Wir stehen offensichtlich mitten in einer Krise des Ausstellungswesens schlechthin. Die unüberwindliche Steigerung aller Ausgaben, Fracht- und Versicherungskosten, die Lohnsteigerung, werden nicht weitgemacht durch eine entsprechende Erhöhung der Einnahmen aus Verkaufsprovision, da die von den Künstlern heute verlangten Preise in keinem Verhältnis zur Geldentwertung stehen. Diese Spannung wird eine dauernde Belastung sämtlicher Ausstellungen bedeuten. Man hat sie in Baden-Baden zu beheben versucht durch die Beschränkung der Besichtigung auf badische Künstler und durch die Abtretung der Erdgeschosse an ein Privatunternehmen (das seinen Qualitätsanspruch erst bewähren muß!). Die sicherlich unfreiwillige Beschränkung, die vielleicht auch in Hinblick auf die „Große Deutsche Kunstausstellung“ in Karlsruhe erfolgt ist, ist das weit bedenklichere Übel, das die Resonanzfläche der Ausstellung auch für die badischen Künstler empfindlich verkleinert. Es war gerade der Vorzug der früheren Ausstellungen, der erst wieder im letzten Jahre erreicht wurde, daß hervorragende Werke führender deutscher Künstler in Baden-Baden gezeigt wurden. Der große Empfangssaal des Obergeschosses war früher wirklich ein Ehrensaal; er ist heute zu einem wahllosen Durcheinander verschiedener Artillerie geworden, das auch keinen Halt gewinnt durch ein paar prächtige Bilder Hans Thomass (aus Privatbesitz), deren Wirkung wieder beeinträchtigt wird durch ein epigonenhaftes Porträt des Altmeisters.

Sind nun die allgemein ungünstigen Voraussetzungen für das Zustandekommen der Ausstellung überhaupt ausreichend, um den katastrophalen Einbruch der Ausstellung zu begrün-

Seite der abgerissene elektrische Draht; es war mit äußerster Lebensgefahr verbunden, wenn man dort vorbeiging. Vernunftgemäß hätte die französische Kommandantur wenigstens für die Dauer der Störung den Stacheldraht entfernen müssen; aber Vernunft und Militarismus kommen eben sehr selten zusammen — wir wissen das von früher, wo wir noch unter der Krute des seligen Militarismus standen.“

Badischer Landestarif für das Gastwirts-gewerbe.

Im Badischen Arbeitsministerium wurde unter dem Vorsitz von Oberregierungsrat Emelie ein badischer Landestarif für das Beherbergungs-, Gastwirts- und Kaffeehausgewerbe abgeschlossen. Der Landestarif regelt u. a. die Entlohnung, die Arbeitszeit, den Urlaub, die Stellung von Kost und Wohnung, Erledigung von Streitfragen, die Dauer, sowie verschiedene andere Fragen.

Stand der Viehseuchen.

Nach Feststellung des badischen Statistischen Landesamts zeigten die ansteiglichen Viehseuchen am Ende des Monats April im ganzen einen günstigen Stand. Zurzeit sind an Maul- und Klauenseuche in 9 Gemeinden 21 Bestände, an Bläschenauschlag des Rindviehs in 16 Gemeinden 72 Bestände, an Pferberäude in 13 Gemeinden 13 Bestände, an Schafzäude in 26 Gemeinden 70 Bestände, an Schweineflechte und Pest in 12 Gemeinden 16 Bestände, an Schweineerkrankung in 26 Gemeinden 30 Bestände und an Geflügelcholera in 2 Gemeinden 2 Bestände verzeichnet.

Gegen Schmutz und Schund im Film.

Auf Antrag des badischen Ministeriums des Innern hat die Filmoberprüfstelle die Zulassung von einzelnen Bildfolgen in dem Film „Sampelmans Gluckstag“ (hergestellt von der Wilmus-Filmgesellschaft, Dresden) zur öffentlichen Vorführung widerrufen. Die vom Ministerium des Innern beanstandeten Bildfolgen des Films verstoßen gegen die öffentliche Ordnung und gegen die gute Sitte.

Aus der Landeshauptstadt.

Professorenversammlung der badischen Beamten.

Am Freitag abend fanden in Karlsruhe im Kaffee Kowad gleichzeitig zwei Versammlungen (Saal und Garten) statt, in der die badischen Beamten gegen die vom Staatsministerium getroffene Urlaubsregelung Protest erhoben.

Nach Ausführungen der Vertreter der einzelnen Beamtengruppen und des Gesamtverbandes der Staatsbeamten- und Angestellten-Gewerkschaft (Leitung: Dr. Köpfe), gelangte in beiden Versammlungen die folgende

Resolution

zu Annahme: „Die heute im Kaffee Kowad versammelte badische Beamtenschaft der Landeshauptstadt Karlsruhe erhebt gegen die Staatsministerialentscheidung vom 19. April 1923, Urlaubsregelung betr. scharfsten Protest. Ohne auf die Frage der Kürzung des Urlaubs selbst einzugehen, erklärt die Beamtenschaft, daß sie in dieser Entscheidung eine Zurücksetzung der Beamtenschaft deshalb erblickt, weil

1. der Urlaub erqum, ohne die anerkannte Berufsvertretung der badischen Beamten zu hören; 2. weil dadurch für die badischen Beamten gegenüber den Reichsbeamten und den Beamten der anderen süddeutschen Länder eine ungerechte Ausnahmebehandlung geschaffen wurde.

Die badischen Beamten erblicken in der Abrechnung der zuständigen Berufsvertretung nicht nur eine Verletzung der gesamten Beamtenschaft, sondern auch ein Verlassen der demokratischen Grundzüge. Die Zurücksetzung der Beamtenschaft steht außerdem im schärfsten Gegensatz zu der Tatsache, daß

die badischen Beamten im Grenzlande unter besonders schwierigen und aufreibenden Verhältnissen ihren Dienst tun. Wie weisen mit erstem Nachdruck die Regierung auf die schwere Verantwortung und die politischen Folgen hin, die sich aus einer solchen Entlohnung des Vertrauens der Beamten zu ihrer Regierung mit Notwendigkeit ergeben muß. Wir fordern, daß die Reichsbestimmungen über den Urlaub mit sofortiger Wirkung auch für die badischen Beamten in Kraft gesetzt werden.“

* Redar-Goldanleihe. In unserem Angeigentell wird nunmehr zur Zeichnung auf die erste Serie der 5prozentigen Goldanleihe der Redar-Aktiengesellschaft eingeladen, die vom 7.-24. Mai zum Preis von 98 1/2 Prozent zum Verkauf gelangt. Die Anleihe ist zur Bestreitung der Mittel für die Fertigstellung der beiden ertragsreichsten Kraftwerke der Redaranalysierung, nämlich bei Redarjulum unterhalb Heilbronn, und bei Weiblingen unterhalb Heidelberg, bestimmt, die Ende 1924 bzw. Mitte 1925 dem Betrieb übergeben werden können und eine Leistungsfähigkeit von zusammen über 60 Millionen Kilowattstunden haben werden. Die Anleihe wird vom Jahr 1925 ab durch jährliche Rückzahlung von mindestens 1 Prozent des gesamten Betrags getilgt. Die Anleihe ist nicht auf Kohle, Roggen oder dergleichen, sondern auf den jeweiligen Wert des Dollars abgestellt, der, wie erst die letzten Erfahrungen wieder gezeigt haben, weitaus den größten Einfluß auf die Preisgestaltung und damit die Kaufkraft unseres Geldes hat. Diese Kaufkraft bleibt bei der Anlage in Redar-Goldanleihe dauernd erhalten. Die Schuldverschreibungen lauten nämlich auf den Geldwert von 10 1/2, 21, 42, 106 und 420 Goldmark, wobei 420 Goldmark gleich 1 Dollar gerechnet werden. Die Zeichner der Anleihe haben ihre Zahlungen in deutscher Reichswährung zu leisten, und zwar für je 420 Goldmark gleich 1 Dollar denjenigen Betrag, der dem letzten amtlichen Dollarkurs vor dem Zeichnungstag, abgerundet auf 50 M. nach unten, entspricht. Ebenso bemessen sich die von der Gesellschaft bei der Verzinsung und Tilgung zu leistenden Zahlungen nach dem Geldwert des Dollars. Bei einem Kursstand des Dollars von 90 000 M. kann z. B. da der Zeichnungspreis der Anleihe nur 98 1/2 Prozent beträgt, das kleinste Stück der Anleihe (über 10 1/2 Goldmark) schon um 70 125 M. erworben werden. Würde der Dollarkurs bis zur Rückzahlung, die mit jährlich mindestens 1 Prozent des gesamten Anleihebetrags erfolgt, auf das Doppelte gestiegen sein, womit eine Entwertung der Papiermark auf die Hälfte verbunden wäre, so erhält der Zeichner 150 000 M. zurück, also mehr als das Doppelte des eingezahlten Betrags. Außerdem wird die Redar-Goldanleihe aber auch eine hohe, wertbeständige, gleichfalls dem Dollarkurs folgende Rente ab, was beim Anlauf von Dividen und sogenannten Sachwerten nicht der Fall ist. Im obigen Beispiel würde z. B. der Jahreszins aus den 70 125 M. nicht weniger als 7000 M., also über 10 Prozent, betragen. Für Kapital und Zinsen der Anleihe haben das Deutsche Reich und die Länder Württemberg, Baden und Hessen die gesamtschuldnerische Bürgschaft übernommen. Die Schuldverschreibungen sind daher mündelsicher. Zudem werden sie auf den Anlagen bei Redarjulum und Weiblingen dinglich gesichert werden, den beiden ertragsreichsten Kraftwerken der Redaranalysierung, die Ende 1924 bzw. Mitte 1925 dem Betrieb übergeben werden können.

* Badische Lichtspiele — Konzerthaus. Bei dem kürzlich stattgefundenen vortrefflichen Filmvortrag über den Auferstehungsbergbau konnten viele Besucher keinen Platz mehr finden. Die heute angekündigte Wiederholung des interessanten und lehrreichen Filmes, zu dem auch diesmal wieder ein hervorragender Kenner der Aufbergbauverhältnisse, Herr Dipl.-Ing. A. Sussel von den Kruppwerken Essen, sprechen wird, dürfte daher allseits begrüßt werden. Gegenwärtig, wo die Franzosen jeden Tag dort weitere Pechen in fortgesetztem Friedensbruch mit brutaler Gewalt uns rauben, wo sie täglich in jeder Menschlichkeit und Kultur höhnischenden Art die Arbeiter vergewaltigen, die Geschäftsleiter verhaften, die Betriebsführung stören, Gebäude und Bestände plündern und

Eine Anmerkung bleibt noch zu machen: dem Charakter der Ausstellung entsprechend scheint doch ein förmlicher Beschluß vorzuliegen, die Ausstellung auf badische Künstler zu beschränken. Diese Selbstbeschränkung ist durchbrochen mit einigen mehr oder minder glücklichen Ausländern: Otto Dill (München) mit mehreren Bildern, A. Schinaerer, Grede-Bindau, O. Schubert (Dresden). Wie kommt dieser Preis zustande? Nach welchem Prinzip ist diese Auslese getroffen? Wer trägt hierfür die Verantwortung?

Aber die Notwendigkeit und Berechtigung einer Sonderausstellung eines einzelnen Künstlers läßt sich streiten, zumal doch nach Abtrennung der unteren Rängen nicht über Raumüberfluß wird geklagt werden können. Immerhin besteht die zugeordnete Auswahl von Bildern N. Sellwags Stoff und Grund zu ernsthaften, z. T. grundsätzlichen Erörterungen, die einer Sonderbetrachtung vorbehalten bleiben müßten.

Es ist betrüblich und schmerzhaft, eine Betrachtung einer Sache, der man nach besten Kräften dienen will, so sehr mit Verdikten belasten zu müssen. Aber nur mit einer offenen, sachlich unbehinderten Aussprache kann dem Unternehmen, das auf so viele verdienstvolle Leistungen zurückblicken darf, wahrhaft genügt werden. Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten, die heute einer Ausstellungsleitung dauernde Mühe und Sorgen bereiten, aber wir glauben, daß hier doch manches gebessert werden kann, das die Ausstellung wieder einer freien und genutzreichen Betrachtung wert macht.

Das Fazit der diesjährigen Ausstellung wird in dem Titel eines Bildes gezogen, das im Katalog nicht vermerkt, aber doch an hervorragender Stelle die Wände der schamhaften Betrachter auf sich lenkt, ein Bild, das eine Ausstellung von dem frühesten Ansehen und der Tradition der Baden-Badener unmöglich hätte aufnehmen dürfen; er lautet:

„Der Schritt ins Ungewisse“.

Gastspiel Else Gentner-Fischer.

Die Künstlerin des Frankfurter Opernhauses, Else Gentner-Fischer absolvierte am gestrigen Abend ein einmaliges Gastspiel in Mozarts „Don Juan“, welches Stück wir erst kürzlich ausführlicher besprochen. Das Publikum feierte die Künstlerin wiederholt nach den Altklassikern. Sie verfügt über ein stark dramatisches, dabei beherrschtes Spiel. Die bewegliche Stimme besitzt klaren Tonansatz und ist in Höhe und Tiefe von einer Tonstärke mit seltener Ausgeglichenheit. Die sonstige Rollenbesetzung war die alte. Infolge Erkrankung des Herrn Rentwig hatte Herr Franz Schwert die Partie des Don Ottavio übernommen, den Komtur sang prächtig Walter Barth. Es gab kleine Komiker, die Inzenerierung ging in etwas „verbesselter Auflage“ von statten. — Das Orchester spielte voller Freude und Dinngebung. A. H.

den oder gar zu entschuldigen? Die Frage muß an die Ausstellungsleitung gerichtet werden. Es ist für den (nur durch Hören und Sagen informierten) Besucher unmöglich, Stellung zu nehmen zu Gerüchten über interne Schwierigkeiten, zu Klagen über die Geschäftsführung, zu Äußerungen über die Zusammenfassung der Ausstellungsleitung, der Jury u. a. mehr. Hier stehen Meinungen gegen Meinungen, und der verantwortungsvolle Kritiker wird sich hüten, in das Wespenneßt dieser Meinungsverschiedenheiten zu greifen. Auf-fallend bleibt die auch andernorts ausgesprochene und durch den Inhalt belegte Tatsache, daß namhafte einheimische Künstler verschiedenster Richtungen der Ausstellung fern geblieben sind, um nur einige zu nennen: Die Professoren Cong, Haefflin, Goebel, Wabberger, Künstler wie Rind-Karlsruhe, Segewitz, Hagemann, Pfeifferle, Scholz, v. Rabotin. Und auch von Mannheim und Freiburg fehlen die wesentlichen Kräfte.

Wäre nicht die alte Garde mit zahlreichen, leider nicht immer gleichwertigen, Werken vertreten — Wergmann, Fehr, Volkmann, Nagel, denen sich Württemberg (mit einem hübschen Rindensbild) zugesellt, so wäre ein solch wirres Chaos entstanden, daß einem Angst und Bange werden könnte.

Ansonsten ist kaum etwas, was Hervorhebung verdient. Immerhin zeigt J. Schold, schöne Proben einer flüssigen Pinselführung. Th. Esser Bilder von einer ernsthaften Problematik, H. Liebert ein farbig und linear schön gestaltetes Bauernmädchen. Im übrigen ist es nachgerade über-rechend, alle diese Verherrlichungen „Auf sonniger Höhe“, „Frühlingsmorgen“, „Herbstzauber“, — und manchen anderen Zauber mehr durchzuführen. Fast tragisch berührt es aber, wenn begabte, frische Naturen der ganz Jungen wie Bode, Nagel und Schöpflin durch eine trodene und ausgeflügelte Prinzipienmalerei in eine Sadgasse geraten, aus der herauszukommen nur mit einem Aufwand energischer Anspannung und unnötigem Zeitverlust möglich ist. Von modern gerichteten Künstlern sind vertreten: Bildenbrand (Pforzheim), W. und W. Joso und A. Jusz mit mehr oder minder guten Proben ihrer achtenswerten Kunst.

Die Graphik ist um ihre schönen Räume gekommen und zeigt in diesem Jahre nur Weniges, was Hervorhebung verdient.

Selbst die Majolika manufaktur macht (vielleicht gerade unter dem Eindruck der Umgebung) in der diesjährigen Ausstellung einen unheimlichen und nicht immer günstigen Eindruck. Es droht ihr Gefahr der Monotonia (nicht zuletzt auch der Räumlichkeit, vor deren Wirkungslosigkeit wir uns gerne heugen), die allzu leicht auch wirtschaftlich sich auswirken vermag.

Die Plastik tritt noch mehr zurück als in früheren Jahren. Wo sind die guten und begabten jüngeren Kräfte geblieben, die im Lande sitzen in Karlsruhe, in Mannheim, Schwetzingen und Freiburg?

durch eine Schreckensterrassen die friedliche Bevölkerung ihrem Willen gefügig zu machen suchen, wo sie ruhige Bürger in ihre von Schmutz starrenden Gefängnisse verschleppen, tausende von Familien obdachlos machen, dürfte dieser Film, der in einer Reihe von Aufnahmen die Franzosenbelegung zeigt, von besonderem Interesse sein.

Staatsanzeiger.

Dem Apotheker Karl Schlett aus Wiesloch i. B. wurde die persönliche Berechtigung zum Betrieb einer selbständigen Apotheke in Karlsruhe-Nippurr (Charlotten-Apotheke) verliehen.
Karlsruhe, den 2. Mai 1923.
Der Minister des Innern.
J. A. Arnspurger. Müller.

Die persönliche Berechtigung zum Betrieb der Apotheke in Ettenheim wird zur Bewerbung ausgeschrieben. Bewerbungen sind unter Anschlag der erforderlichen Zeugnisse binnen vier Wochen hierher einzureichen.
Karlsruhe, den 3. Mai 1923.
Der Minister des Innern.
J. A. Arnspurger. Müller.

Dem württembergischen Laubstummelnverein, dem Verein Charlottenhaus für Bäcknerinnen, dem württembergischen Landesauschuss für Tuberkulosebekämpfung und dem flugtechnischen Verein, sämtliche in Stuttgart, wurde die Erlaubnis zum Luftverkehr in Baden erteilt.
Karlsruhe, den 2. Mai 1923.
Der Minister des Innern.
J. B. Beers. Schmidt.

Der Pauluskirchengemeinde Stuttgart und den Kirchengemeinden Gundelsheim, Schweinhausen, Goshelm, Fellbach und Rohrdorf wurde die Erlaubnis zum Luftverkehr in Baden erteilt.
Karlsruhe, den 2. Mai 1923.
Der Minister des Innern.
J. B. Beers. Schmidt.

Personeller Teil.

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Ernannt:

Amtmann Alexander Fischer in Freiburg zum Oberamtmann in Wehrloch, die Rottenmeister Ernst Ganter, Karl Dauber, Ernst Huber, Friedrich Schmidt in Mannheim, Theodor Pfiffisch, Karl Kastner, der Streifenmeister Karl Steiner in Karlsruhe, die Rottenmeister Albert Wurth, August Huber, Fritz Wendt, Friedrich Schlegelmilch und der Streifenmeister Josef Hauser in Freiburg zu planmäßigen Polizeiwachmeister.

Befördert:

Amtmann Ernst Werber beim Bezirksamt Überlingen zum Bezirksamt Freiburg, Verwaltungsinspektor Franz Diebold beim Bezirksamt Ettenheim zum Bezirksamt Bad, Verwaltungsobersekretär Karl Angerer beim Bezirksamt Karlsruhe zu jenem in Freiburg.

Justizministerium.

Befördert:

Staatsanwalt Dr. Albert Wöhner in Lörrach nach Mosbach, die Justizobersekretäre Anton Haas beim Rotariat Bühl zum Amtsgericht daselbst, Gustav Rapp beim Amtsgericht Bühl zum Rotariat daselbst und Alfred Rimsing beim Rotariat Säckingen zum Amtsgericht Wehrloch, die Justizassistenten Albert Müller beim Rotariat Bühl zum Rotariat Säckingen und Josef Weidberger beim Amtsgericht Ettenheim zum Amtsgericht Bühl, Kanzleisekretär Otto Rink beim Amtsgericht Wehrloch zum Rotariat daselbst und Kanzleioffizient Siemens Meier beim Rotariat Wehrloch zum Amtsgericht daselbst.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Ernannt:

Oberzollsekretär Georg Armbruster beim Landesfinanzamt Karlsruhe zum Finanzobersekretär bei der Universität Heidelberg, Hauptlehrer Gustav Reiss an der Volksschule in Mannheim zum Oberlehrer daselbst.

Arbeitsministerium.

Ernannt:

Regierungsrat Otto Schöck beim Arbeitsministerium zum Oberregierungsrat bei diesem Ministerium.

Ministerium der Finanzen.

Planmäßig angestellt:

Militärkanzler Josef Bugger bei der Landesversicherungsanstalt Baden als Kanzleioffizient.
Ministerium der Finanzen.
Planmäßig angestellt:
der Regierungsbaumeister Hermann Blank beim Bezirksbauamt Donaueschingen.

Badisches Landestheater.

Sonntag, den 6. Mai.
11¹/₂ Uhr. Sp. I. 1200. 6¹/₂ Uhr. Sp. I. 7000.
Literarische Morgenteiler. Mozart-Zyklus IV.
(Joseph von Eichendorff) Figaros Hochzeit

Konzerthaus.
Abends 7 u. 9¹/₂ Uhr. Parkett I. Abt. 3000 M.
Die fünf Frankfurter.

Dienstag, 8. Mai, 8 Uhr, Eintracht
Lustiger Lautenabend
Agnes Delsarto
aus Leipzig. — Karten zu 2500, 2000, 1500 und 1000 M. (einschl. Steuer) bei Kurt Neufeldt, Waldstr. 39

Mittwoch, 9. Mai, 7¹/₂ Uhr, Eintracht
Moderner Kompositions-Abend
Karlsruher Streich-Quartett
Otto Straub: Bratschen-Sonate; Robert Rehan: Streich-Quartett; Arthur Kusterer: Violin-Suite
Karten zu 2500, 2000, 1500 und 1000 M. bei Kurt Neufeldt, Waldstr. 39

Galerie Sasse
Schöneleberhaus Jahnstraße 18
Neue Werke
Paul Kapell - Stuttgart
Willi Münch - Karlsruhe
Erich Krause
10-4 So. 11-3

Gewinnliste

der Mannheimer Waimarkt-Lotterie 1923.
Gezogen am 2. Mai 1923 unter notarieller Leitung.
Gewinn zu 50 000 M auf Nr. 1800.
Gewinn zu 10 000 M auf Nr. 595.
Gewinne zu 5000 M auf Nr. 132, 1533.
Gewinne zu 1000 M auf Nr. 64, 300, 808, 906, 1186, 1446, 1638, 1744, 1866, 1876.
Gewinne zu 400 M auf Nr. 30, 115, 166, 233, 235, 260, 324, 377, 471, 483, 569, 648, 683, 703, 715, 758, 776, 779, 803, 820, 851, 883, 884, 905, 961, 965, 980, 981, 1027, 1055, 1057, 1059, 1124, 1156, 1251, 1340, 1348, 1369, 1429, 1472, 1508, 1556, 1564, 1639, 1652, 1714, 1773, 1775, 1818, 1956.
Die Auszahlung der Gewinne beginnt nach Erscheinen der amtl. Liste bei der Firma Leopold Herzberger, Mannheim, D 2, B. — 3 Monate nach der Ziehung ist der Gewinnanspruch erloschen. B. 436

Sobald der erste Frühlingstrahl hinein durchs Fenster ziehet, hat auch die Hausfrau ihre Qual, wenn sie die Dielen sieht, Glanzlos und striemig-sind sie meist.
Weil's Bohnerwachs sich schlecht erweist. — Doch sinnt sie lang nicht, greift zur Kasse, Schicht nach Schicht nach.
Wachsmädel-Bohnerwachs.
Und sehet, wie mit einem Schlage Geschwunden ist die Bohnerplage!

Süddeutsche Landwirtschaftliche Organisation sucht einen Steuerberater
Bewerber aus dem mittleren Finanzfach oder mit sonstiger entsprechender Vorbildung wollen kurzen Lebenslauf mit Gehaltsansprüchen unter Chiffre Nr. B. 435 an die Expedition des Bl. einreichen.

Kauf-Gesuch!
100 000 M zahle ich heute f. Mauser-Pistolen, Cal. 7,63 mit Anschlagkasten (Visier b. 1000 m), 80 000 M ohne Kasten, 30 000 M f. Parahellum-Pistolen, B. 426
100 M für Munition.
Zusendung kann ohne weitere Anfrage per Nachnahme portofrei erfolgen. Auch kauf ich Frisier- und Feldgraue Gläser.
Kug. Dreier Hochl., Luckenwalde

Metalbetten
Eisenmatt, Kinderbett, direkt an Privat, Katalog 78 R frei. Eisenmattfabrik Euhl (Zürich)

Neckar-Goldanleihe

Zeichnungsaufforderung

auf 5%ige reichsmündelsichere Goldanleihe (4,20 Goldmark = 1 Dollar)

Neckar-Aktiengesellschaft, Stuttgart

zum Ausbau von Wasserkraftwerken am Neckar, unter gesamtschuldnerischer Bürgschaft des Deutschen Reichs sowie der Länder Württemberg, Baden und Hessen für Kapital und Zinsen, dinglich sicherzustellen auf den Grundstücken und Anlagen der Neckarwasserkraftwerke Neckarsulm und Wieblingen.

Im Auftrag und für Rechnung der Neckar-Aktiengesellschaft wird hiemit von der vorstehend beschriebenen Neckar-Goldanleihe ein Betrag im Geldwert von

Einer Million Goldmark

zur öffentlichen Zeichnung unter folgenden Bedingungen aufgelegt:

1. Zeichnungen werden vom 7. bis 24. Mai 1923 bei den unterzeichneten Stellen und deren sämtlichen Niederlassungen während der bei jeder Stelle üblichen Geschäftsstunden entgegengenommen. Anmeldescheine sind bei den Stellen kostenfrei zu haben. Früherer Zeichnungsschluss bleibt vorbehalten.
2. Die einzelnen Schuldverschreibungen lauten über den Geldwert von
10,5 Goldmark (= 2,5 Dollar) | 42 Goldmark (= 10 Dollar),
21 Goldmark (= 5 Dollar) | 105 Goldmark (= 25 Dollar),
420 Goldmark (= 100 Dollar)
3. Die Zeichnung erfolgt zum Kurse von 93,50% unter Zugrundelegung des letztnotierten Berliner Briefkurses für Kabel New-York vor dem Zeichnungstag, abgerundet auf volle 50 Mk. nach unten. Eine Stückzinsenverrechnung findet nicht statt. Eine Börsenumsatzsteuer ist nicht zu entrichten. Teilschuldverschreibungen oder Schuldscheindarlehen der alten 5%igen Anleihe der Neckar-A.-G. von 1921 werden bis zur Höhe des Zeichnungspreises der Goldanleihe zum Kurs von 115% unter Verrechnung von Stückzinsen in Zahlung genommen.
4. Gezeichnete Stücke gelten als voll zugeteilt und sind sofort zu bezahlen.
5. Für die Zuteilung stehen gegebenenfalls weitere Beträge zur Verfügung.
6. Die Stücke werden mit möglichster Beschleunigung fertiggestellt und nach besonderer Bekanntmachung ausgehändigt werden.

- Im Mai 1923.
- Württembergische Vereinsbank.
Doertenbach & Co. G. m. b. H.
Paul Kapff.
G. H. Keller's Söhne.
Gebrüder Rosenfeld.
Württembergische Notenbank.
Verband württembergischer Bankiers.
Württembergische Girozentrale.
Centrakasse Württ. Genossenschaften e. G. m. b. H.
Landwirtschaftl. Genossenschafts-Zentralkasse e. G. m. b. H.
Handels- und Gewerbank Heilbronn A.-G.
Rümelinbank A.-G.
Rheinische Creditbank.
Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.
Badische Girozentrale.
Hessische Girozentrale.
Thüringen vorm. B. M. Strupp Aktiengesellschaft.
L. Behrens & Söhne. Deutsche Vereinsbank.
Simon Hirschland. Landesbank der Rheinprovinz.
A. Schaffhausen'scher Bankverein A.-G.
M. M. Warburg & Co.
- Preußische Staatsbank (Seehandlung).
Berliner Handels-Gesellschaft.
S. Bleichröder.
Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft.
Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien.
Delbrück Schickler & Co.
Deutsche Bank.
Direction der Disconto-Gesellschaft.
Dresdner Bank.
Hardy & Co. G. m. b. H.
Mendelssohn & Co.
Mitteldeutsche Creditbank.
Reichs-Kredit-Gesellschaft m. b. H.
Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt.
Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp.
Essener Credit-Anstalt. Frankfurter Bank.
A. Levy. Norddeutsche Bank in Hamburg.
Lazard Speyer-Ellissen.